

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erlaubt wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelnenpreis die Gekostete, Colonefalte für Arbeiter, gewöhnliche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzahlen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 586. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 28.

Duisburg, den 12. Juli 1919.

20. Jahrgang

Arbeitsgemeinschaft oder Planwirtschaft

In seiner Verteidigungsrede für die gebundene Planwirtschaft, die Reichsminister Wisfoll kürzlich vor Mitgliedern der kaufmännischen Verbände gehalten hat, betonte er, daß die rechte Arbeitsfreudigkeit von der Schaffung eines inneren Zusammenhangs des Arbeiters zu seiner Arbeit abhängt. Wenn wir nun auch nicht so idealistisch denken wie der Reichsminister, so können wir dennoch für jeden strebsamen Arbeiter diesen Satz unbedingt unterschreiben. Wir sind also mit Herrn Wisfoll der gleichen Ansicht, daß es keine andere Lösung der sozialen Frage gibt, als die „Arbeitsgemeinschaft mit Handelndem und mitverantwortlich an den wirtschaftlichen Vorgängen zu beteiligen“. Den Weg aber, der zu diesem Ziele führt, hat bereits im Dezember die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands vorbildlich vorgezeichnet.

Dem Unterstaatssekretär v. Moellendorff, der rechten Hand Wisfolls im Reichswirtschaftsministerium, ist es vorbehalten geblieben, diesen vorbildlichen Gedanken durch Einordnung in die geschilderte Konstruktion seiner gebundenen Planwirtschaft zu verzerrern. Die Arbeitsgemeinschaft ist auf Grund eines freien Uebereinkommens zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden entstanden, und die Gewerkschaften haben es als rechte Vertreter der Arbeiterschaft verstanden, die Forderungen der Arbeitnehmer durchzusetzen und für die Sicherung von deren Existenz zu sorgen. Nun kommt Herr v. Moellendorff und dekretiert von oben herab, wie die Parteilichkeit durchzuführen sei. Für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens scheint es uns zweckmäßiger zu sein, wenn die Arbeitsgemeinschaft sich von unten her auf freier Entschlossenheit aufbaut, als wenn sie am ersten Tisch des Reichswirtschaftsministeriums mit Birkel und Lineal konstruiert wird.

Die Arbeitsgemeinschaft ist auf dem Selbstbestimmungsrecht jeder Industrie und jedes Industriezweiges aufgebaut. Dieses Selbstbestimmungsrecht findet nur eine Grenze in den gemeinsamen, verhältnismäßig festgelegten Beschlüssen des aus der betreffenden Fachgruppe hervorgegangenen Spitze, dem Zentralvorstand und dem Zentralausschuß. Nun will ja zwar die gebundene Planwirtschaft auch Selbstverwaltungsförderung schaffen, mit dem Selbstbestimmungsrecht aber sieht es windig aus, da jede Streitfrage durch die Zusammenfassung von Industrie, Handel und Verbraucherkreisen auf einen langen Instanzenweg verwiesen wird. In der gebundenen Planwirtschaft wird die Spitze des Gemeinwirtschaftsverbandes, ähnlich wie bei der Arbeitsgemeinschaft, durch eine Vollversammlung gebildet. Bei einem Beschluß dieser Vollversammlung hat die Minderheit das Recht, bei der nächst höheren Instanz Beschwerde einzulegen. Diese nächst höhere Instanz ist der Zweigverband. Findet der Zweigverband keine Lösung der Streitfrage, so verweist sie die Sache an den übergeordneten Fachverband, dieser wieder gibt sie weiter an den Sachverband der je einerseits dem Reichswirtschaftsministerium überweist. Wir sind überzeugt davon, daß alle diese bürokratischen Instanzen mit außerordentlichem Eifer bemüht sind, aber trotzdem kostet das Beschreiten dieses Weges doch viel Geld. Inzwischen aber liegt die Produktion lahm, und es besteht, wenn es sich um Produktionen für das Ausland handelt, die Gefahr, daß und irgendein anderer Land mit der Lieferung der betreffenden Ware oder des Rohstoffes zurockkommt. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die gebundene Planwirtschaft ja auch noch örtliche Organisationen mit ihren Bezirkswirtschaftsräten vorstellt. Auch diese werden sich einmütig und ihr Urteil abgeben wollen. Bei einem so überaus komplizierten System kann von einer Steigerung der Produktion keine Rede sein.

Nun gehört es zum Wesen der Gemeinwirtschaft unbedingt, daß die Industrie den berechtigten Wünschen des Handels und daß beide wieder mit den Interessen der Verbraucherkreise einen Ausgleich schaffen. Dazu aber bedarf es doch nicht eines derart komplizierten Systems, daß durch seinen Instanzenweg Schaffensfreude und Initiative vernichtet und außerdem die Gefahr mit sich bringt, daß schließlich doch auf irgend eine Weise die eine Interessengruppe die Entscheidung durch besondere Aktivität beeinflusst und die anderen vergeblich abwartet. Wie das gemacht wird, haben wir bei der Kriegswirtschaft zur Genüge kennengelernt.

Notwendig scheint uns zu sein, die bereits vorhandene Arbeitsgemeinschaft als Ganzes in die Gemeinwirtschaft einzufügen, veranlaßt, daß der Staat innerhalb der Arbeitsgemeinschaft sein Aufsichtsrecht ausübt, und daß zwischen Handel, Industrie und Verbraucherkreisen eine Verständigung über die Produktionspolitik stattfindet, ohne daß man sie alle vor einen Wagen spannt. Stehen sich diese Wirtschaftskreise in sich geschlossen gegenüber, während der Staat in jedem einzelnen ein Aufsichtsrecht ausübt, soweit es im Gemeininteresse notwendig erscheint, so wird der freie Wettbewerb, der zur Steigerung der Produktion unerlässlich ist, nicht derartig ausgeschaltet, wie es bei der vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagenen gebundenen Planwirtschaft der Fall ist.

Gegen die sogenannte Planwirtschaft, die letzten Endes auf eine Ueberorganisation hinausläuft und das Fundament jeder Wirtschaft, die Schaffensfreude und Tatkraft, nicht befestigt, sondern im Gegenteil schwächt, hat sich bezeichnenderweise auch ein bedeutender Teil der sozialdemokratischen Führer gewandt. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Weimar hat sich der Reichsernährungsminister Schmidt scharf in der Sache der Planwirtschaft gegen seinen Ministerkollegen Wisfoll gewandt; der sozialdemokratische Volksrechtlicher Cahnert hat sich in seiner Schrift „Gebundene Planwirtschaft“ mit den Vorschlägen Moellendorffs auseinandergesetzt und kommt zu folgenden Ergebnissen:

Herr von Moellendorff ist von Beruf Ingenieur. Als Ingenieur betrachtet und behandelt er auch das Wirtschaftsleben. In seiner „Deutschen Gemeinwirtschaft“ kommt dies scharf zum Ausdruck. Er schreibt da: „Jeder Maschinenbauer oder Maschinenwärter hätte den rechten Blick dafür gehabt, daß die Gesamtwirtschaft, als Maschine betrachtet, ein rüchendes Gebilde war, das sich (ebenso, wie es früher einmal mit der Technik selbst geschehen war) sauberer, schöner, teurer bauen und dafür ergiebiger, sicherer, billiger betreiben ließ. Jeder Naturforscher oder Arzt hätte im Vergleich mit den Organismen der Natur die bisherige Wirtschaft ein Ungeheuer genannt, an dessen Schöpfung und Lebensart kein Gott und kein göttliches Gesetz teilhätte. Aber die Maschinenbauer und Maschinenwärter und Naturforscher und Ärzte erfüllten ihre Teilberufe und empfanden vom Gesamtgeschehen so wenig, wie der Daumnagel vom Leibeib.“

Herr von Moellendorff betrachtet das Wirtschaftsleben als ein konstruktives Gebilde, die Lösung wirtschaftspolitischer Fragen legt er gleich mit der Lösung technischer Aufgaben. Seine näheren Mitarbeiter, mit denen er sich umgeben hat, sind gleichfalls Techniker und folgen ihm auf dem Wege seiner Betrachtung und Behandlung des Wirtschaftslebens ohne irgendwelche Bedenken. Warum soll man mit den Menschen nicht gerade so umspringen können wie mit dem toten Material, aus dem man irgendwelche Maschine oder irgendwelche Brücke baut? Man macht irgendeinen Plan, der auf dem Papier sich höchst vollkommen ausnimmt, und glaubt, daß die Verwirklichung des Planes die menschliche Wirtschaft auf eine hohe Stufe der Leistungsfähigkeit bringen werde. Um zu diesem Ziele zu gelangen, sei auch die Anwendung von Zwang und Gewalt nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten. Daß die Menschen aber keine Schaafherden sind, daß die Behandlung wirtschaftlicher Fragen total anders erfolgen muß, als nach den Methoden und Mitteln eines Ingenieurs, das erkennt Herr von Moellendorff ganz und gar. Das kann für wohl auch nicht anders sein, wenn man sich mit wirtschaftlichen Dingen wie eingehend und ausschließlich befaßt hat, vielmehr als Ingenieur berufen wird, den wirtschaftspolitischen Kurs zu steuern.

Schließlich könnte es Herrn von Moellendorff auch einfallen, als Arzt zu praktizieren oder als Kapellmeister zu dirigieren oder einen Hindenburg zu spielen. Je weniger man sich mit Volkswirtschaft beschäftigt hat, desto unternehmungsloser und desto draufgängerischer sucht man Probleme zu lösen, von deren Ernst und Tiefe man nicht die flüchtigste Ahnung hat. Wenn nur dabei nicht die gesamte Wirtschaft und damit das Volk schwer und auf die Dauer zu leiden haben würde. Herr v. Moellendorff ist gar bald viel, aber ein aufbauender Gegenwert wird durch die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Herrn von Moellendorff nicht geschaffen: die ganze Durchorganisation der Industrie von Staats wegen ist, volkswirtschaftlich betrachtet, großer Unfug und würde nur zu einer weitgehenden Herabminderung ihrer Leistungsfähigkeit führen. Es ist für Deutschland äußerst bezeichnend, wie alles auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens seit der Kriegszeit bis heute sich während befindet hat: Alle möglichen und unmöglichen Berufe sind vertreten; nur einer, der Volkswirt, fehlt.

Auf das Thema „Planwirtschaft“ werden wir in einer der nächsten Nummern noch zurückkommen.

Mit dem Maße, mit dem ihr messet.

Eins der traurigsten und unbilligsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist die Unterdrückung Andersdenkender und der Terror, der durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die anderen Gewerkschaftsrichtungen ausgeübt wurde und wird. Das waren keine Teilergänzungen, keine Folge von „erhöhten Köpfen“ oder „faulen jugendlicher Elemente“, der Terror, wie er von der Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Gewerkschaften praktiziert wurde, war von den hohen und höchsten Stellen thematisch dem Geiste der roten Gewerkschaftsmitglieder eingemipft worden.

Der Vorwärts stellt in seiner Nr. 192 vom Jahre 1907 den Terrorismus als ein erlaubtes und kulturförderndes Mittel hin.

Der Vorläufer des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Mann, schrieb im Jahre 1905 in der sozialdemokratischen Väterzeitung: „Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drame des Strafgesetzbuches daneben lauert.“

Die sozialdemokratische Mannheimer Volksstimme schrieb anlässlich des dortigen Hafenarbeiterstreiks im Jahre 1906 unter anderem: „Sie (die Christlichen) verdienen nicht, unter die christlichen Arbeiter gezählt zu werden, sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen.“ Und an einer anderen Stelle schreibt dieses Blatt: „Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden.“

Das ist keine Gelegenheitsarbeit, das ist System im Terror.

Die Folgen zeigten sich denn auch in einer geradezu beklagenswerten und für die deutsche Arbeiterbewegung verhängnisvollen und zersetzenden Art. In aller Gedächtnis sind noch die traurigen Fälle von Beunruhigung, Braun, Brauer, Mannheim.

Oberstessen usw. Wir wollen nur aus der allerletzten Zeit ein paar Terrorblüten anführen, die aber wiederum so recht deutlich zeigen, daß man in den sozialdemokratischen Gewerkschaften im Kriege ebensowenig oder sogar noch weniger gelernt hat als die Scharfmacher.

So wurde Mitte Juni in der Fabrik Bopp und Neuther in Mannheim einem jungen christlichen Gewerkschaftler Jakob Neubeder von roten Vertrauensmännern das Mitgliedsbuch zur Einsicht abgefordert, dann aber nicht mehr zurückgegeben, sondern ohne weiteres ein neues Mitgliedsbuch vom sozialdemokratischen Verbande ausgestellt und dem Genannten eingehändigt. Auch im Strebelwerk versuchte man unter Androhung von Brotlosmachung Gestattungslumpen zu erzielen. Ebenso in der Fabrik Remag. Dort wurde einem christlich organisierten Arbeiter von den zwei Arbeiterauschussmitgliedern Schmitt und Köhler erklärt, er müsse übergeben oder die Fabrik verlassen. Der Hinweis, den die Genannten bei dieser Gelegenheit machten, die christlichen Gewerkschaften seien doch taput, entspricht ganz der Moral dieser Leute, die in den Worten gipfelt: „Lüge nur tüchtig darauf los!“ Neben brutaler Rohheit und Gewalt muß auch die Lüge herhalten, um zum ersehnten Ziele zu kommen, die verhassten christlichen Arbeiter zu machen. Freilich gelangen wir das keineswegs. Im Gegenteil, dieser Druck erzeugt Gegendruck, und es kann mit Verneinung festgestellt werden, daß, trotz einiger Untrugnisse, fast alle mit einer Bewundernswerten Treue und Fähigkeit an den Idealen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes festhalten.

Deffentlich wird zwar erklärt, daß die Organisationsleitung, in diesem Falle die Ortsverwaltung Mannheim des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, keine Schuld treffe und sie diese Dinge nicht billige. Wenn dem aber wirklich so ist, warum schreiet dann die Mannheimer Ortsverwaltung nicht einmal energisch gegen dieses arbeitserschütternde Treiben ein? Ist es wirklich wahr, daß sie keinerlei Einfluss mehr besitzt? Oder ist es vielmehr richtig, daß sie diese Dinge schmunzelnd duldet? Dann hätte sie auch die volle Verantwortung mit dafür zu tragen. Dann wäre es an der Zeit, daß endlich auch mal der Herr Minister Müdert mit seinen Gewerkschaftskollegen in der Mannheimer Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ernstlich Rücksprache nimmt, um auch diese davon zu überzeugen, daß im heutigen freien Volksstaate die Sozialdemokraten als „patentierete Freiheitswächter“ als erste Pflicht es anzuerkennen haben, daß die bestehenden Gesetze geschützt und geachtet werden, und dazu gehört auch die für jedermann durch die Verfassung gewährleisteteste Organisationsfreiheit.

Ein anderer Fall aber dokumentiert ganz offensichtlich, daß von den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Terror selbst in der letzten Zeit noch in die Tarifverträge hineingetragen wird. In Schneidemühl ist zwischen dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband folgende geradezu ungeheuerliche Vereinbarung abgeschlossen worden:

„Die beiden vertragsschließenden Verbände verpflichten sich gegenseitig, dafür zu sorgen, daß sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in den unterzeichneten Verbänden organisieren. Arbeitnehmer, welche dem Holzarbeiterverband nicht angehören, dürfen in den Betrieben der zum Schlußverband gehörenden Arbeitgeber nicht beschäftigt werden. Ebensowenig dürfen zum Holzarbeiterverband gehörige Arbeitnehmer in nichtorganisierten Betrieben arbeiten.“

Das ist ein tariflich sanktionierter Terrorismus allerhöchster Art, und es wird höchste Zeit, daß die Regierung die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen vor terroristischen Angriffen sicherstellt.

Von diesem seit Jahrzehnten von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ausgeübten Terrorismus haben die Unabhängigen und Kommunisten sehr gut gelernt. Und was sie lernten, das wenden sie jetzt gegen die Mehrheitssozialisten scharf an. So berichtet das mehrheitssozialistische Hamburger Echo vom 20. Juni:

„Daß die Kommunisten und Unabhängigen bei der Befestigung ihrer politischen Meinung Andersdenkender gegenüber nicht gerade sanft verfahren, das haben unsere Genossen in den Betrieben selber schon oft genug erfahren müssen. Die Unfähigkeit und die Zurückhaltung unserer Genossen hat aber bei den anderen Herrschaften nur den Mut gestärkt, und der Kampf zur Austragung der Meinungen hat auf jener Seite allmählich Formen angenommen, die unsere Genossen dazu bringen müßten, aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten. Was sich nämlich kürzlich auf der Nordsee ereignet hat, muß in jedem anständigen Menschen die tiefste Empörung auslösen. Dort sind nämlich Mehrheitssozialisten brutal verhalten und gemahregelt worden, weil die dort tätigen Kommunisten und Unabhängigen nicht mit Mehrheitssozialisten zusammenarbeiten wollten, die den Mut hatten, sich nicht alles widerprüchlich gefallen zu lassen. Die Brutalität der Mißhandlung und die Un-

Regelung sind so ungeheuerlich, daß ein Schrei der Entrüstung durch die gesamte Arbeiterchaft Hamburgs gehen müßte."

Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband werden die Kommunisten und Unabhängigen die alten Führer einfach zum alten Eisen, so in Berlin, Leipzig, Göttingen, Düsseldorf, Braunschweig, Halle, Bremen, Danzig, Stuttgart.

Wähnlich ist es in anderen sozialdemokratischen Organisationen.

In der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung bespricht der Führer Metallarbeiterverband und Abgeordnete Haas seine radikalen Väter von links, doch um Gottes willen mehr Duldbarkeit zu üben. Haas weist hin auf die Maßregelung von verdienten Gewerkschaftsangehörigen, die einfach auf die Straße geworfen werden, weil sie ihre politische Überzeugung nicht nach links revidieren wollen.

"Der politischen Maßregelung," schreibt Haas weiter, "folgt der Terror auf dem Fuße. Den besten Beweis haben wir in Berlin, wo, gestützt auf den Beschluß des Vollzugsrates, Mehrheitssozialisten aus den Betrieben heraus müssen, weil die Arbeitstäter sich weigern, mit den Kollegen zu arbeiten, da durch sie das gute Einvernehmen gefährdet würde. Dann die Beschüsse, daß diejenigen, die einem Freiwilligenkorps angehört haben, in keiner Werkstatt mehr geduldet werden sollen!"

So klagt der sozialdemokratische Metallarbeiterführer Haas über den Terror seiner radikalen Genossen. Die Mehrheitssozialisten haben aber kein Recht, sich über diesen Gewissenszwang zu beschweren, denn sie gehen in der gleichen Weise gegen christlich gesinnte Arbeiter vor.

Der Mehrheitssozialdemokratie wird jetzt mit der gleichen Münze von den U.-S.-Deuten heimgezahlt, wie sie selbst seit Jahrzehnten besonders christlich denkende Arbeiter behandelt.

Wären wir Schadenfroh, wir würden jetzt nach bekannter Art bestellte stehen und die Hände reiben über diesen Stand und Streit in der roten Arbeiterbewegung, wir bedauern sie im Gegenteil im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, die jetzt mehr als je Ruhe nötig und unermüdliche Arbeit zu leisten hat, statt sich in den Haaren zu legen. Die Schuld aber trifft die Mehrheitssozialdemokratie, die in jahrzehntelanger Verhöhnung ihre Massen auf den beklagenswerten Weg der Terrorakte geworfen und deren Folgen sie jetzt selbst zu tragen hat.

Die christlichen Gewerkschaften aber werden alle gesetzlichen Mittel in Anwendung bringen, um den Terrorismus der Sozialdemokraten zu brechen und um eine wirkliche Kooperationsfreiheit allen Arbeitern zu gewährleisten.

Aufgaben der Zukunft

Je weniger Wirtschaftskämpfe wir in Zukunft auszufechten haben, um so eher wird sich das deutsche Volk von den schweren Wunden, welche der Weltkrieg ihm geschlagen, erholen können. Das sicherste Mittel zur Beseitigung wirtschaftlicher Kämpfe ist der Abschluß kollektiver Arbeitsverträge (Tarifverträge).

Erfreulicherweise bricht sich diese Ansicht immer mehr Bahn. Selbst Unternehmer - allen voran unsere Großindustrie - welche bis vor kurzer Zeit nichts von einer kollektiven Regelung des Arbeitsverhältnisses wissen wollten, sind heute gezwungen, mit den Arbeiterorganisationen Tarifverträge abzuschließen. Diese Unternehmerorganisationen haben sich, durch die Not gezwungen, zu einer jahrzehntelangen Forderung der Arbeiterorganisationen nach Tarifverträgen, als zu einem Mittel zur Hintanhaltung wirtschaftlicher Kämpfe, bekennen müssen.

Wie unsere Zeit die Zeit der Organisation ist, so ist es auch die Zeit kollektiver Arbeits- und Tarifverträge. Heute, welche gestern noch nichts von Organisation und Zusammenfassung wissen wollten, bilden heute große, starke Organisationen und Verbände. Berufs-, deren Angehörige gestern noch ihr Dasein durch Annahme von Krimgeldern fristeten, haben heute mehr oder weniger gute Tarifverträge abgeschlossen.

Wenn auch bei einem Tarifvertragsabschluss nicht alle Wünsche aller Arbeiter erfüllt werden können, so muß doch dahin gestrebt werden, daß dieselben so lädenlos wie irgend möglich gemacht werden. Es wird das zwar eine Nebenfrage für die Arbeiterorganisationen sein, sie werden sich dieser Aufgabe aber gerne unterziehen zum Segen für die Arbeiter und zum Wiederaufbau unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens.

In einem lädenlosen Tarifvertrag gehört auch die tarifliche Regelung der Arbeitspreise. Daß besonders der Regelung dieser Frage große Schwierigkeiten entgegenstehen, wird von keinem Menschen bestritten werden; aber diese Schwierigkeiten sind nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Sie müssen überwunden werden, weil gerade aus dieser Frage die meisten Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter entstehen. In letzter Zeit ist so manches Unmögliche möglich gemacht worden, so daß ich keinen Augenblick daran zweifle, daß auch die tarifliche Regelung der Stück- oder Arbeitspreise durchführbar ist; handelt es sich doch hauptsächlich nur darum, das Arbeitslohn in geordnete Bahnen zu leiten.

Da die Arbeiten der einzelnen Betriebe nicht dieselben sind und nicht alle Betriebe die gleichen Betriebsbedingungen und Verhältnisse haben, so läßt sich die tarifliche Regelung der Arbeitspreise nur von Betrieb zu Betrieb durchführen. Aber ein Punkt muß unbedingt für den ganzen Bezirk geregelt werden, und zwar die Festlegung eines Mindestverdienstes für die betreffende Arbeiterkategorie des Bezirkes. Um nun der Regelung der Arbeitspreise einen Schritt näher zu kommen, ist vor allem nötig, daß wir unsere Kollegen in Zukunft nicht nur in Bezirkssektionen, sondern mehr in Fachsektionen zusammenschließen. In jeder Ortsgruppe müßte unzerstörlich dazu übergegangen werden, Fachsektionen der Dreher, Schlosser, Hölzer, Fräser, Formler, Schmiede, Membran, Elektriker usw. zu gründen. Dort, wo die einzelnen Berufs nicht fast genug vertreten sind, müßten mehrere gleichartige Berufs zusammengefaßt werden. Keinesfalls aber dürfen die Bezirkssektionen ganz aufgelöst werden.

Neben der Regelung der Arbeits- und Lohnfragen müssen sich die Fachsektionen auch der fachlichen Ausbildung, vornehmlich der jüngeren Kollegen, widmen; denn unrichtige Arbeiter sind ein Hemmnis für die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse. Wir müssen unsere Kollegen besonders in

Die wissenschaftliche Betriebsleitung

einweisen. Wäre in dieser Beziehung in der Vergangenheit etwas mehr geschehen, wahrlich, es lände um die deutsche Arbeiterchaft heute besser. Interesse ist bei unseren Kollegen

da, es muß nur gewollt und in der richtigen Weise gepflegt werden.

Theoretisch und praktisch tüchtige Kollegen müssen herangezogen werden, um die fachliche Ausbildung der Kollegen zu leiten. Wenn es nicht anders geht, müßte für einen größeren Bezirk zu diesem Zwecke ein tüchtiger Kollege angestellt werden; denn unsere Gewerkschaftssekretäre können sich, da sie augenblicklich mit Arbeiten überhäuft sind, nicht auch dieser Arbeit noch widmen.

In diesen Fachsektionen müßte unbedingt der tarifliche Regelung des Arbeitspreises nähergetreten werden. In den Fachsektionen müßten sich die Kollegen darüber aussprechen, wie in den Betrieben die Arbeiten bezahlt werden. In Hand dieses Materials und auf Grund einer gefundenen Kalkulation müßten die Kollegen über alle vorkommenden Arbeiten Tabellen aufstellen, welche eventuell als Unterlage für die tarifliche Festlegung der Arbeitspreise in Frage kämen.

Bei der Aufstellung solcher Tabellen, kann die folgende Tabelle den Kollegen als Muster dienen. Die in den Klammern Bronze, Guß, Eisen eingeklammerten Zahlen sind Pfennige und gelten für einen Lohn. Der zu Grunde gelegte Stundenverdienst beträgt 2,50 M. Wegen der Veränderlichkeit der Maschinen- und Werkzeughverhältnisse kann diese Tabelle nicht überall angewandt werden.

Stochen von Zähnen in Regelrädern

Modul	Bronze	Guß	Eisen
4	18	21,5	31
4,5	19,5	24	32
5	20	25	35
5,5	20,5	26	37,5
6	22,5	28	40
6,5	24	30	42,5
7	25,5	31,5	45
7,5	27	33	47,5
8	30	35	50
8,5	32	37,5	52,5
9	34	40,5	55
9,5	35	45	57,5
10	37,5	48,5	60

Bei einzelnen Rädern, muß Einzelstücken der Maschine circa bezahlt werden.

Die Kollegen müssen unzerstörlich derartige Tabellen aufstellen und ausarbeiten. Fast alle Arbeiten lassen sich in solche Tabellen unterbringen. Es seien hier eine Anzahl Arbeiten aus der Dreherei, Fräsererei und Hobelerei angeführt: Augen an Zugstangen rundfräsen oder stoßen, Flächen fräsen mit Messerkopf, Stirnfräser und Walzenfräser; Federkelle rundfräsen und einsteigen, Keilnuten und Keilböcher fräsen; Zähne fräsen oder stoßen in Regelrädern, Stirnrädern und Schneckenrädern; Felder austräsen oder hobeln an Stuhlungen, Sechsk- und Vierkant fräsen oder hobeln, ovale Flanschen ringsum fräsen oder stoßen, Schlüsselböcher fräsen in Kernköpfen, Vierkantflanschen ringsum fräsen oder hobeln, Wildisen, Vager, Stopfbüchsen, Scheiben, Bolzen, Schrauben und Wellen drehen, Muttern bohren und schneiden, und zwar in Gas-, Holz-, Englis-, Flach- und Trapezgewinde, und endlich Gemmeschneiden an der Drehbank und Spezialmaschine. Ueber diese Arbeiten und noch unzählige andere lassen sich mit Beilichtigkeit Tabellen ausarbeiten und aufstellen. Es kommt nur darauf an, daß die Kollegen das in ihren Händen befindliche Material und die Unterlagen über bisher gezahlte Arbeitspreise zusammenstellen und, wo die Preise den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, dieselben korrigieren.

Wenn allerorts die Kollegen in der richtigen Weise an die geschäftlichen Arbeiten herantreten, dann wird es sehr bald gelingen, die Arbeitspreise und Preise in geordnete Bahnen zu bringen, zum Segen für unsere Arbeiterchaft und die deutsche Volkswirtschaft.

A. S. C.

Das große Sterben im bolschewistischen Rußland

Rußland, das Land der „herrlichen“ extrem-sozialistischen Experimente, geht mit Riesenschritten bergab und droht, ein großes Grab zu werden, in dem dann nur noch die „Idealisten“ Lenin, Trotski und sonstige Juden und die rote Garde, die ihre Taschen mit Geld gespickt haben, übrig bleiben.

Im Vorwärts, dem sozialdemokratischen Zentralorgan, berichtet der Russe Grigorowitsch über die grauenhaften Zustände in Rußland und schreibt:

Selten kommen in unsere Hände Zeitungen aus Sowjet-Rußland, noch seltener schlüpfen Meldungen und Mitteilungen anderer Art aus dem Lande durch, in dem nach amtlichen - also verbürgten - Rundmachungen der Sozialismus seine Herrschaft fest begründet habe. Alles, was man von dort wahrzunehmen Gelegenheit hat, erschüttert aufs tiefste. Es ist nicht die politische Verfolgung, noch das Marthrium von Tausenden unserer Parteigenossen und anderer, die noch immer nicht auf den Bolschewismus schwören können, noch die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit, noch die Unterbindung der Versammlungsfreiheit oder dergleichen mehr. Für dieses alles ist man da drüben völlig stumpf geworden, und nur wenige bringen noch die heiße Blut auf, um mit feberigen Augen, mit bebender Stimme das Sowjet-Regime zu verdammen.

In Sowjet-Rußland herrscht der Hunger! Nicht etwa Hunger, Minderernährung und Not wie in den Staaten Mitteleuropas und insbesondere in Deutschland oder Deutschösterreich. Zwischen den Zuständen in diesen Ländern und dem in Sowjet-Rußland ist kein Vergleich möglich. Unbegreiflicher Hunger, der die Menschen der letzten Kraft beraubt, sie zu Schatten macht und Hunderttausende, ja Millionen langsam, aber unentrinnbar in die Arme des Todes führt, das ist es, was die Lage so entsetzlich, so völlig hoffnungslos gestaltet.

Es ist ein Zustand im Sowjet-Rußland eingetreten, der, über alle politischen Gegensätze und unüberbrückbaren Feindschaften hinweg, bei jedem, der noch einen Funken des menschlichen Mitgeföhls in sich trägt, den elementaren Wunsch, zu helfen, einzugreifen rege machen muß. Aus diesem Gefühl heraus hat Fridtjof Nansen den Vorschlag gemacht, Sowjet-Rußland zu verproviantieren, und es ist grauenhaft, daß ausgerechnet die russische, im Zustand weisende gegen-revolutionäre Bourgeoisie, von politischen Motiven geleitet, als erste gegen diesen Plan Einspruch erhoben hat und so diesen zu Fall bringen half. Dabei ging Nansens Vorschlag dahin, daß die ganze Aktion nicht durch die bolschewistische Regierung, sondern durch eine internationale Organisation mit dem Roten Kreuz an der Spitze vermittelt werden sollte.

Es ist aufs höchste zu bedauern, daß der Haß gegen das bolschewistische Regime, für welches auch der Schreiber dieser Zeilen kein Wort der Rechtfertigung finden kann, auch die Entente-Regierungen, und vor allem Amerika, davon abhält, den Vorschlägen Nansens Folge zu leisten. Hungernde, jeden Willens beraubte, physisch völlig zusammengedrückte Menschen kann jedes Gewaltregime leichter in Schach halten, als eine Bevölkerung, die, wenn auch notdürftig ernährt, ihren politischen Willen einigermassen konzentrieren kann. Also dem Standpunkte der antibolschewistischen Entente wäre es Küllgor, die Bevollmächtigte Sowjet-Rußlands vor dem entsetzlichen Schicksal zu retten, als sie diesem zu überlassen.

Was da vor sich geht, steht außerhalb jeder Partei-aus-einander-Setzung, über jeder Gegnerschaft. Die Menschlichkeit muß angerufen werden, um Millionen aus den Krallen des Todes zu retten. Es ist weit gekommen, wenn in den menschenleer gewordenen Straßen der Städte (Petersburg ist von nahezu 3 Millionen Einwohnern auf etwa 4- bis 500 000 heruntergegangen, ähnlich liegen die Dinge in Moskau und anderen Städten) Menschen vor Schwäche sich kaum bewegen können, an den Häusermauern im Schatten herumhangeln, um Vorübergehende mit lautm-vernehmbarer Stimme um „etwas zu essen“ anzuflehen. Und wenn diese „Schatten“ auf offener Straße niederstürzen und in Judungen von ihren Hungerqualen und Wunden befreit sind, erregt keine besondere Aufmerksamkeit, niemand hält inne, um beizuspringen. Daß Tote wochenlang nicht beerdigt werden, ist eine bekannte Erscheinung. Hunger-typus wütet, ohne daß man imstande ist, das Umstürzen der Seuche zu verhindern. Die Krankenhäuser sind mehr als überfüllt, und die Kranken können bei weitem nicht mehr isoliert werden. Das medizinische Personal ist unzureichend, es gibt keine Ärzte und kein Pflegepersonal, keine Arzneien und medizinische Instrumente und Materialien. Zu Hunderten sterben täglich die Erkrankten.

Auch die nichtstädtische Bevölkerung sehr weiter Landestteile, die schon im Frieden zu den Zuschußgebieten gehörten, wie der ganze Norden Rußlands usw., ist der Hungersnot im wahrsten Sinne des Wortes preisgegeben.

Die Delegation der sozialdemokratischen Partei Rußlands zu den internationalen Sozialistenkongressen, mit unserem alten Axelrod an der Spitze, wendet sich daher in einem an die ständige Kommission der Internationale gerichteten Aufruf an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterchaft aller Länder und bittet um die Einleitung einer Hilfsaktion der Arbeiter zugunsten der Hunger leidenden russischen Bevölkerung.

„Wir wissen sehr wohl,“ - heißt es in dem Aufruf -

„daß die Möglichkeit der Beschaffung der nötigen Lebensmittel zur Binderung der Hungersnot im bolschewistischen Rußland nicht unmittelbar bei unseren westlichen Genossen (d. h. Deutschland, U. Dr.), sondern bei den gegenwärtigen Beherrschern der Welt, den alliierten Regierungen, liegt. Aber von dem guten Willen und der Energie des internationalen Proletariats hängt es ab, die Machthaber der Welt zu einer solchen Hilfsaktion für das hungernde Rußland zu veranlassen. Die Entente-Regierungen bekämpfen bei jeder Gelegenheit über ihre Menschenliebe, Gerechtigkeit, Völkerverböhnung und ihre Pflicht, auch Rußland vom physischen Untergang zu retten. Ihr „Mittlungsmittel“ reduziert sich aber bloß auf eine militärische Intervention zur Unterstützung und Kräftigung unserer reaktionären Mächte gegen die gesamte Demokratie. Mit den bloßen Protesten gegen die interventionistischen Pläne der Alliierten wird aber dieser Gefahr kaum vorgebeugt werden können. Dies kann nur durch positive sozialistische Intervention der Arbeiterpartei erzielt werden. Und ein äußerst wesentlicher Bestandteil einer solchen Intervention wäre ein energisches Auftreten des westlichen Proletariats zugunsten einer großzügigen internationalen Hilfsaktion zur Binderung der Hungersnot in Rußland. Die sicherste Gewähr dafür, daß die gelieferten Nahrungs- und sonstigen Lebensmittel wirklich unter den am meisten notleidenden Volksmassen in gerechter Weise verteilt werden, liegt aber vor allem darin, daß einerseits die Leitung und obere Kontrolle über die Verteilung in den Händen der von der Berner Konferenz eingesetzten Untersuchungskommission konzentriert werde und andererseits, daß diese Kommission in unmittelbare beständige Beziehungen mit allen sozialistischen und freien Organisationen der Arbeiter und Bauern trete.“

Rußland ist ein Mahnzeichen für unsere deutschen Arbeiter, daß sie sich nicht von Spartakus einfangen lassen sollen. Die Folge von Spartakus zeigt Rußland.

Streiflichter

Die Erkenntnis dämmert

Ein halbes Jahr lang ist die sozialdemokratische Presse mit dem Schlagwort hantieren gegangen: Der Achtstundentag ist eine Errungenschaft der Revolution. Daß das eine bewusste Unwahrheit ist, denn der Achtstundentag war schon vor der Revolution erlangt, hat diese Herrschaften sehr wenig gekümmert. In Nr. 27 brachten wir eine Auslassung des Vorstandsmittelschen Kube aus der Generalversammlung des roten Zimmererverbandes, der unter lebhaften Hurraen der radikalen Seite beauftragte, daß der Achtstundentag keine Frucht der Revolution sei. Jetzt wird diese Tatsache auch von oberer sozialdemokratischer gewerkschaftlicher Seite bestätigt. Die Konferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände hat dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress zu Nürnberg Richtlinien für die künftige Gewerkschaftsarbeit unterbreitet, in denen es u. a. heißt:

Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmer bereits zur Erfüllung der wichtigsten Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Teilung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollen. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errangenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

In den wichtigsten Arbeiterforderungen gehörte seit Jahrzehnten der „Achtstundentag“. Jetzt dokumentiert die Spitze der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, daß diese wichtigste Arbeiterforderung vor der Revolution durch die deutschen Gewerkschaftsorganisationen und nicht durch die Revolution erlangt worden sei. Das haben wir schon immer gesagt, sind auch dafür „schäudernd“ angegriffen worden.

Jetzt nach einem halben Jahre, nachdem die Sozialdemokratie die ...

*

Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften sind eins.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften die ...

Nachdem sich die Versammlung bereits fast gelichtet, wurde der Antrag auf Bewilligung von 30 000 Mark für den Pressefonds eines für Essen zu gründenden Parteiblattes ...

Uebrigens hat die letzte Generalversammlung der Ortsverwaltung Essen des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes für denselben Zweck ebenfalls 1000 Mark aus der Kasse bewilligt.

Für die Wahlkosten bei den politischen Wahlen des vergangen Winters bewilligte die Württemberg-Verwaltung des „freien“ Deutschen Metallarbeiterverbandes 10 000 Mark, davon zwei Drittel für die U. S. P. und ein Drittel für die Mehrheitssozialdemokratie.

Also insgesamt 41 000 Mark wurden allein in Essen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften für die Zwecke der sozialdemokratischen Partei verwandt.

Bühnenredner muß sogar die sozialdemokratische Essener Arbeiterzeitung vom 16. Juni in einem Bildungsartikel über die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften bekennen: „Wir geben zu, daß wir den christlichen Gewerkschaften keinen konkreten Fall der Beilegung von Geldern zu Parteizwecken nachweisen können.“

Wahrhaft parteipolitisch neutral sind allein die christlichen Gewerkschaften, die nicht an der Seite dieser oder jener Partei gehen, sondern unentwegt, ob nach rechts oder links, nichts anderes kennen als energische Vertretung der Arbeiterinteressen.

*

Leere Versprechungen.

Nirgendwo hat das Schlagwort eine solche Rolle gespielt als in der Sozialdemokratie. Mit Schlagworten hat man die Masse betäubt und ihr den Zukunftsstaat als den Himmel auf Erden dargeboten.

Auf dem jüngsten Mittelkongress in Berlin hat der Vertreter des Zentralrats Cohen-Kauf eine Rede gehalten, aus der man sich einige Stellen merken muß.

Wir haben während der 50jährigen Existenz der Sozialdemokratie viele Fehler gemacht. (Hört, hört! links.) Ist es nicht so, daß wir in der Kritik viel weiter gegangen sind, als wir in kleinen Kreise als berechtigt angesehen? Wir haben Abertausende, kein gutes Haar an den andern gelassen und die Menschen für ein System verantwortlich gemacht, ohne die sachlichen Schwierigkeiten zu berücksichtigen.

*

Muß der gewerbliche Lehrvertrag schriftlich abgeschlossen werden?

Es entspricht der Natur eines Lehrvertrages, daß er in der Regel auf lange Zeit, gewöhnlich auf mehrere Jahre, abgeschlossen wird. Deshalb ist es erforderlich, die Rechtsbeziehungen zwischen Lehrherrn und Lehrling möglichst klarzustellen.

Der ohne Einhaltung der Schriftform eingegangene Lehrvertrag ist also an sich gültig, und die Unterlassung des schriftlichen Abschlusses zieht lediglich für den Lehrherrn gewisse, im Gesetz vorgezeichnete Nachteile nach sich.

Um diesen Nachteilen zu entgehen, ist dem Lehrherrn dringend zu empfehlen, auf schriftlichem Vertragsabschluß zu bestehen.

Schrift der vertraglichen Rechte und Pflichten; er muß vielmehr nach § 126 b W.G. auch von dem Beschränkten, dem Lehrling und seinem gesetzlichen Vertreter (Vater, Vormund) unterschrieben sein.

*

Arbeitseinkommen und Militärente.

Trotzdem die zuständigen Stellen häufig darauf hingewiesen haben, daß das von den Kriegsschädigten erzielte Arbeitseinkommen grundsätzlich ohne Einfluß auf die Höhe der Militärente bleiben muß, herrscht bei den Kriegsschädigten immer noch die Besorgnis, die Annahme von Arbeit könne für sie eine Kürzung oder gar Entziehung der Militärente nach sich ziehen.

Diese Auffassung hat übrigens in der mit Gesetzeskraft ausgestatteten „Vorläufigen Handlungsordnung“ vom 24. 1. 1919 gesetzliche Anerkennung gefunden; § 19 bestimmt nämlich, daß „Renten irgendwelcher Art, insbesondere die Kriegsschädigten- und Hinterbliebenen-Renten auf den Lohn nicht angerechnet werden dürfen“.

Weiterhin hat auch das Preussische Kriegsministerium (Erl. v. 6. 6. 1919) diese Frage nochmals eingehend behandelt und ausdrücklich bestimmt, daß künftige Nachforschungen nach der Höhe des Arbeitsverdienstes „zum Zwecke der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit“ nicht mehr stattfinden dürfen; nur dann soll dieses zulässig sein, wenn der Kriegsschädigte derartige Nachforschungen beantragt oder seinen Anspruch auf Rentenerhöhung mit seinem niedrigen Arbeitsverdienst ausdrücklich begründet.

Nachdem nun Gesetz und Verwaltungsanordnung die Anrechnung der Renten auf den Arbeitslohn verboten hat, dürfte nunmehr für Kriegsschädigte und auch Kriegshinterbliebenen jedes Bedenken beseitigt sein, eine Arbeit, mag sie noch so hoch entlohnt sein, zu übernehmen.

Wirtschaft und Technik

Die neuen Roheisenpreise.

Die seit 16. Juni in Anwendung kommen und infolge der Erhöhung der Brennstoffpreise Aufschläge von durchschnittlich etwa 15 M. pro Tonne bringen, bringt die Frankfurter Zeitung (Nr. 472) in der nachstehenden Zusammenstellung, die einen Vergleich mit den vor dem Kriege und im Jahre 1915, sowie den im laufenden Jahre in Geltung gewesenen Preisen ermöglicht.

Table with 5 columns: pro Tonne, Vor dem Krieg, 1. 7. 15, 1. 1. 19, 1. 4. 19, 1. 7. 19. Rows include Gießereiroheisen, Siegerl. Stahleisen, Spiegeleisen, Luxemb. Gießereiroheisen.

Bestimmend für die hohen Roheisenpreise sind auch die hohen Erzpreise, die wir zahlen müssen. So kostet allein die Tonne Minetteerz, die aus Lothringen in das unbesetzte Gebiet geliefert wird, 70 bis 80 Franken die Tonne.

*

Selbstbeteiligung in England.

Im Mittelpunkt der Diskussion betreffend die Einrichtung der konstitutionellen Fabrik steht natürlich auch die Frage der Selbstbeteiligung der Arbeiterschaft am Ertrage des Wertes. In England hat nun der Großwerkbefitzer William Greig einen neuen Versuch zur Selbstbeteiligung der Gewinn seiner Betriebe, nachdem die notwendigen Vorbedingungen und Rückstellungen vorgenommen werden, alljährlich zwischen den Aktionären einerseits und den Angestellten und Arbeitern andererseits beseitigt werden, daß die ersteren 80 Prozent, die letzteren 20 Prozent erhalten.

Was das Selbstbeteiligungssystem Sir Williams von allen früheren Systemen unterscheidet, ist der Umstand, daß die Arbeiter ihren Anteil am Gewinn in schlechten Jahren erhalten sollen; denn die Aktionäre sollen nicht, wie in früheren Fällen, erst einen bestimmten Anteil vorweg erhalten, und von dem Rest der Anteil der Arbeiter genommen werden, wobei in schlechten Jahren häufig nichts für die Arbeiter übrig bleiben würde, sondern der gesamte Gewinn zwischen Aktionären und Arbeitern geteilt.

Das ist immerhin ein bemerkenswerter Versuch, den Arbeiter an der Arbeit des Betriebes zu interessieren. In Deutschland sind bis jetzt

nur sehr wenige ernsthafte Versuche gemacht worden, dem Arbeiter durch die Selbstbeteiligung ein höheres Entgelt vom Ertrage der Produktion zu geben, was notwendig wäre.

*

Selbstbeteiligung.

Das riesige Emporschwellen aller Preise für alle Waren hat natürlich vor dem Eisenmarkt auch nicht halt gemacht.

Wie wir berichteten, hat der Minister im Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung mitgeteilt, daß eine Lokomotive, die früher für 70 000 M. zu haben war, heute 400 000 M. koste. Es wird uns nun hierzu mitgeteilt, daß diese Ziffern nicht zutreffend sein können.

*

Bolschewismus und Arbeitsmethoden.

Trotz, der Feldmarschall des Sowjetrußland, sagte in seiner Rede zu Moskau 1918: „Allen Völkern zum Trost wollen wir hier auf Erden für die Menschen das Paradies schaffen.“ Seit dieser Rede ist ein Jahr verstrichen und das Paradies ist Knäpeldick über Rußland gekommen.

Denk fordert aber weiter auch die Anstellung von Spezialisten für den Arbeitsprozeß, einerlei, ob es Inländer oder Ausländer sind. (Nach vor kurzem räumte er in einem Gespräch mit einem schwedischen Zeitungsmann ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution ruhig bemessen habe.

Und damit diese Spezialisten auch imstande sind, die Arbeitsorganisation und Disziplin aufrecht zu erhalten, fordert Lenin weiter die Einführung des Taylorsystems.

So schlägt der Bolschewismus wieder in den schlimmsten Kapitalismus, Ausbreitung der Arbeitslosigkeit, über England und amerikanische Hochfinanzinstitute wollen das Wirtschaftsleben Rußlands wieder „hochbringen“, natürlich nur auf Kosten der Arbeiterschaft, die durch den Bolschewismus in das tiefste Elend heringekommen sind.

*

Von der ausländischen Metallindustrie.

Nach Brüsseler Zeitungen besteht der Plan, in Belgien einen Metalltrakt mit einem Kapital von 300 Millionen Franken zu gründen, dem alle belgischen Erzeuger betreten sollen. Der Trakt will drei oder vier große Fabriken bauen, von denen jede einen besonderen Artikel herstellen soll.

Die belgischen Automobilfabriken haben die Regierung gebeten, auf ausländische Automobile einen Zoll von 45 b. G. zu erheben.

Die amerikanische Eisenindustrie als Wettbewerber auf dem europäischen Festland. Zur besseren Bearbeitung des holländischen Marktes, vornehmlich im Wettbewerb gegen die deutsche und andere festländische Eisenindustrie, hat die Consolidated Steel Corporation eine eigene niederländische Eisenhandelsfirma eingerichtet, die in Rotterdam und Amsterdam Filialen einrichten wird.

Die deutsche Metallarbeiterschaft muß auf eine sehr gefährliche Konkurrenz für den Markt gefaßt sein. Nur intensive Arbeit und höchstzulässige Produktion können dem begegnen.

Die Amerikaner bauen natürlich wieder die größten Sachen. So hat die „American Locomotive Company“ einen neuen Kessellokomotivtyp gebaut, der von der „Virginia Railway“ in den Dienst gestellt wurde. Diese Kessellokomotivmaschinen messen mit Tender 35 Meter Länge. Das Gewicht wird auf 449 Tons angegeben. Eine Fläche von 860 Quadratmetern kann beheizt werden.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Juli, der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Juli fällig.

Die Zahlstelle Gommern erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Lokalzuschlages von 10 Pfg.

Aus dem Verbandsgebiet

Arbeitsloste. Infolge der gesunden Aufwärtsentwicklung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes war auch die Metallarbeiterschaft imstande, den gewaltigen Kriegsnöten im Jahre 1918 erfolgreich entgegenzutreten zu können. Um einen besseren Ausgleich zwischen der gewaltigen Teuerung der Lebenshaltung und der Lohnentkommen herbeizuführen, wurden allein im Kreise Olpe vierzig Lohnbewegungen geführt. Ohne wirtschaftliche Störungen konnten alle Bewegungen nach Behebung mehr oder weniger großen Schwierigkeiten beendet werden. Von unserem Verbandsgebiet wurden 31 Bewegungen allein geführt. Bei den übrigen neun waren andere Verbände beteiligt, aber auch hier war die Mehrheit bei an der Bewegung teilnehmenden Arbeiter im christlichen Metallarbeiterverband organisiert. An den Bewegungen waren beteiligt 1631 Vollarbeiter, 288 Arbeiterinnen und 454 Jugendliche. Die Ursachen der Bewegungen waren gegeben in 37 Fällen Lohnforderungen, zwei Arbeitszeitverlängerungen, eine Arbeitszeitverlängerung. Die Bewegungen wurden begleitet in 31 Fällen durch die Arbeitsaufschüsse, sieben durch die Verbandsbeamten und zwei mussten durch Schlichtungsprüfung des Schlichtungsausschusses erledigt werden.

Als Erfolg brachten die Bewegungen für 169 Mitglieder 3 M., für 285 Mitglieder 4 M., für 49 Mitglieder 5 M., für 616 Mitglieder 6 M., für 188 Mitglieder 7 M., für 120 Mitglieder 8 M., für 288 Mitglieder 9 M., für 21 Mitglieder 10 M., für 543 Mitglieder 12 M., für 11 Mitglieder 13 M. und 57 Mitglieder 14 M. pro Woche. Mehrere hundert für 2176 Mitglieder wurden im Durchschnitt pro Woche 15 468 M. oder im Jahre 804 388 M. an Lohnaufbesserung erzielt. Für das einzelne Mitglied betrug die Aufbesserung pro Woche 7,31 M. oder pro Jahr 380 M. Die Lohnerböschung für alle Beteiligten betrug pro Woche 17 033 M. oder 885 716 M. im Jahre. Neben der gleichzeitig mit diesen Bewegungen konnten in fast allen, von Feiertagen oder Notstandsarbeiten betroffenen Betrieben für eine Erhöhung der Notstandsarbeiten oder Entschädigung für Feiertage erfolgreich eingetreten werden. In allen Betrieben der Schwerindustrie wurde eine Erhöhung des Lohnes für alte Schichten um etwa 30 Prozent herbeigeführt. Die Arbeitszeit wurde verkürzt für 202 Mitglieder um drei Stunden pro Woche, ist insgesamt für 202 Mitglieder 606 Stunden pro Woche oder 31 512 Stunden pro Jahr. Daneben wurde durch die allgemein geführte Bewegung zur Einführung des Neun-Stundentages für 1150 Mitglieder eine weitere Verkürzung von sechs Stunden pro Woche für den einzelnen oder insgesamt für 1150 Mitglieder 6900 Stunden pro Woche erzielt. Zur völligen Durchführung dieser Bewegung als auch zur Einführung des Acht-Stundentages kam es erst im Jahre 1919. Durchweg konnte hier ein voller Lohn- und Arbeitsausgleich erzielt werden.

Das plötzliche Kriegsende und die damit verbundene Störung der Kriegswirtschaft stellte uns wiederum neue Aufgaben. In wiederholten Fällen musste den Arbeitgebern Nachgemacht werden, dass trotz Revolution die Paragrafen der Gewerbeordnung über Arbeiterentlassungen noch ihre volle Gültigkeit hatten. Auch hat die Durchführung der neuen Bestimmungen über Entlassung und Entlohnung von Arbeitern, Winklung der Kriegsbeschädigten usw. nicht unbeschwerliche Mühe verursacht.

In diesen Darlegungen ist nur in großen Strichen ein Bild der Wirksamkeit und Erfolge für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unseres Verbandes im Jahre 1918 gegeben. Bei den sich überlagernden Verhältnissen konnten nicht alle Erfolge zahlenmäßig erfasst und festgehalten werden. Vieles lässt sich in Zahlen nicht wiederzugeben. Stelle sich vielmehr jedes unserer Mitglieder die Frage, wie würde es ohne die Wirksamkeit unseres Verbandes für die Arbeiterschaft des Kreises Olpe bestellt sein. Es ist darum nicht Dankbarkeit, sondern das notwendige Gebot der Selbsterhaltung, wenn von jedem christlichen Arbeiter mit allen Kräften an dem inneren und äußeren Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes gearbeitet wird.

Niederschelden (Sieg). Reges gewerkschaftliches Leben herrscht augenblicklich in unserer Ortsgruppe. Während der letzten Kriegsjahre bis zur Gegenwart hat die Mitgliederzahl gut zugenommen. Dank der Tätigkeit einiger tüchtiger Kollegen und einem guten Stamm Vertrauensmänner ist es gelungen, unsere Ortsgruppe auf die gegenwärtige Höhe zu bringen. In der letzten Mitgliederversammlung wurde an Stelle des von hier verzogenen Kollegen Neeb der Kollege Adolf Wustner als Vorsitzender gewählt. Die Mitgliederversammlungen finden regelmäßig jeden letzten Sonntag im Monat, 1 Uhr mittags, statt. Außerdem ist den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich an den Diskussionsabenden, die freitags bei Kessel stattfinden, zu beteiligen. Die Gründung eines Ortskartells ist ins Auge gefasst. Bei den auf der M.-G. Charlottenhütte stattgefundenen Lohnbewegungen hat, wie überall im Siegerland, (s. Verbandsorgan Nr. 20), unser Verband eine führende Rolle. Woran mancher alter Gewerkschaftler vor einigen Jahren noch gar nicht zu denken wagte, ist heute zur Tatsache geworden: auch im Siegerland ist der Kartellgedanke durchgesetzt worden. Die Lebensmittelpflichtung war während des Krieges besonders hier sehr mangelhaft und es sind von den Gewerkschaften allerorts Maßnahmen getroffen worden, um dem Mangel abzuwehren, leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Die Beurlaubung in der Arbeiterschaft ist daher teilweise erklährt. Am 17. Juni fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Zeitung „Das Volk“ berichtet darüber folgendes:

In Kemperchen Saale fand am Dienstag eine hundertbesetzte Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch Herrn Adolf Wagner besprach Gewerkschaftssekretär Mauer u. a. auch die ertregten Strömungen unter der Arbeiterschaft. Solche seien leider dazu angehen, die hiesige Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht zu stellen. Zur Beurteilung derartiger Sondererscheinungen müsse jedoch den tieferen Ursachen nachgegangen werden. Die Umstände, dass wir den Krieg verloren, hatte Friedensbedingungen aufzulegen befohlen, sowie die politischen Ereignisse haben zu einer allgemeinen Nervosität geführt. Hinzu kommt, dass nirgendwo die Arbeiterschaft des Siegerlandes auf dem Gebiete der Ernährung so hin und her gewarft wurde, wie die hiesige. Die hier ineinandergehende Grenzlinie zwischen der verschiedenen christlichen und weltlichen Versorgungsregelungen habe zu unheilvollen Wirkungen geführt. Auch nach der letzten Seite mussten diese die Arbeiter beeinflussen. Ferner seien die während des Krieges erfolgten hartnäckigen Bewegungen zu berücksichtigen, die geführt wurden, selbst um eine Zulage von nur 5 M. monatlich und um sonstige notwendige Verdienstaufbesserungen zu erzielen. Um eine bessere Behand-

lung der Arbeiterschaft herbeizuführen, wurden umfangreiche, zweckmäßige Bemühungen der Ortsgruppe in der Richtung der Erzielung der Ziele, sei es durch Stimmung schließlich zu einem Ausbezug führte, sei es durch bewährliche, aber auch erklährt. Der nunmehr noch vorliegenden, leidenschaftlich betriebenen, Bekämpfung der Arbeiterschaft sei jedoch mit großer Heftigkeit und mit jählicher Aufrichtung entgegenzutreten. Für berechnete Arbeiterforderungen würden sich die gewerkschaftlichen Organisationen, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft zu jeder Zeit einsetzen. Ihre Pflicht sei es jedoch auch, die Arbeiterschaft von dem Wege des Verderbens zurückzuführen. Redner währigte dann den mit dem Arbeitsgeberverband abgeschlossenen Rahmenarbeitsvertrag und besprach die Grundzüge, nach welchem nach Meinung aller gewerkschaftlicher Organisationen die Festlegung der Löhne zu erfolgen habe. Die Darlegungen fanden bei der Versammlung einstimmiges Verständnis; es sprachen sich alle Diskussionsredner im Sinne des Redners aus. Walter Kollege Gerhardus erkrankte u. a. noch Bericht über die Vorträge Siegerländer Arbeitervertreter in Berlin bei den höchsten Versorgungsbehörden. Von der jählichen Ungleichung der Versorgung des Kreises Wittenkirchen an den Kreis Siegen hin an Westfalen habe die Regierung aus politischen Gründen Abstand nehmen müssen, Gründe, die von der Versammlung gewürdigt wurden. Ganz entfallen wurde gegen politische Agitation in Betriebsversammlungen Stellung genommen. Am Schluss der Versammlung konnte der Leiter derselben feststellen, dass die christlich organisierte Arbeiterschaft, die hierorts sehr vorwiegend in Frage komme, nach wie vor volles Vertrauen zu ihrer Organisation und ihren Führern bekundet. Die christlich organisierte Arbeiterschaft ist gewillt, nur auf ordnungsmäßigen Wege nach Grundrissen der Gerechtigkeit die Vertretung und Aufbesserung der Arbeiterverhältnisse anzustreben. Sie erwartet jedoch auch ein entsprechendes Verhalten aller beteiligten Stellen auf der Gegenseite. Hieraus wurde die Versammlung, die auch sonst manche Anregung und Aufklärung bot, geschlossen.

Wede. Neben unser Volksfest, das wir herzlich begingen, schreibt die Deister Zeitung „Die Glocke“:

Der Familienausflug der christlichen Gewerkschaften, des Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereins nach Stromberg, an dem sich mehr als 700 Damen und Herren beteiligten, gestaltete sich zu einem Volksfest eigener Art. Ein herrlicher Matentag ließ in den Herzen der Teilnehmer die Freude aufgehen, die Freude an der in der ganzen Schönheit des Landes prägnanten Natur. Es war ein farbenprächtiges Bild, als sich die langen Reihen festlich gekleideter Menschen auf dem Bergesfelde sammelten und von der Dicken Linde aus wie eine große Prozession durch die Fluren dahinzogen. Hinter dem bunten Meereshose nahm der schattige, alte Wald die von der Sonnenglut erhitzten Wanderer auf. Im hohen Waldesdom jenseits der Bergspitze ließen die von Herrn Scherer als Leiter geleiteten vereinigten Gesangsabteilungen des Arbeiter- und Gesellenvereins das Lied „Sonntag ist erlitten“ erklingen; sie sangen mit Inbrunst, und anlässlich laute die sonntäglich bestimmte Menge. Vor dem Forsthaus Limberg verließ der Zug den Stromberger Wald. Von fern winkte bereits die Spitze des Faulsturmes, des alten, stolzen Wahrzeichens der Burg Stromberg. Unter Musik, Gesang und munterem Gepläuber stießen die nächsten Stunden beim gemeinsamen Kaffe in den Gartenanlagen von Hartwig und Standen schnell dahin. Gegen 5 Uhr abends gruppierte sich die Menschenmasse dichtgedrängt vor der großen Freitrepppe der Kreuzkirche im Burghof. Vor der obersten Stufe aus ebener Herr Gustaf Lochmann, der Vorsitzende des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften, den Versammelten den Gruß des Kartellverbandes und der Vorstände des Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereins. Herr Rektor Fodendor, der Präses des Gesellenvereins, richtete Worte aus, die ihm Herr Hartwig Haard für die Teilnehmer an der Veranstaltung aufgetragen hatte, die seine warmste Sympathie gefunden habe und der er den besten Verlauf wünsche. Dann sprach in formvollendeter, tiefempfundener, begeisterten Rede Herr Reaktor Georg Wiber aus Duisburg. Er sprach, wie die 14händischen Säner im hohen Säulensaal des Königschlusses, von Freiheit, Männerwürde, von Treu und Heiligkeit; er sprach von allem Götzen, was Menschenkraft durchbebt, er sprach von allem Höhen, was Menschenherbe erhebt. Er sprach von der Gleichheit und Brüderlichkeit in christlichem Sinne und gab seiner Freude darüber, dass sich auch zahlreiche Vertreter anderer Stände an diesem Feiertag der werkschaftlichen Bevölkerung von Wede beteiligt hätten, lebhaftesten Ausdruck. Der Massengegenstand müsse schweben und dem Gemeinbürgersinn Platz machen, dann sei die soziale Frage gelöst. Den Klassenkampf, den die Sozialdemokratie predige, verworfe und verabscheue der christlich organisierte Arbeiter. Er wolle in treuer Gemeinschaftsarbeit mit den anderen Ständen um deutsche Volk mitwirken, das von feindlicher Uebermacht verschmeitete deutsche Vaterland wieder aufzurichten. Schüller an Schüller mit den anderen Ständen scharten sich die christlichen Arbeiter zusammen, um gegenüber dem Erdrosselungsfrieden, den uns der Kapitalismus der Unterte aufzwingen wolle, das Recht der Existenz des großen deutschen Volkes zu verteidigen. Als er heute mittag vom Arbeitsplatz aus seine Worte habe schweifen lassen über das schöne Stück roter Erde zwischen den Höhenzügen des Teuloburner Waldes und des Haartungs, habe sich sein Herz mit Wehmut erfüllt bei dem Gedanken, dass ferndeutsche Fluren gewaltsam vom Mutterlande losgerissen werden sollten, das unser Vaterland durch nachlässige, grausame Feinde verfallen und gemordet werden sollte. Im Namen der Menschlichkeit und der göttlichen Gerechtigkeit erhebe er lauten Protest gegen eine solche Vergeßlichkeit des Rechtes. Der Redner schloß seine wichtige Rede mit einem Trugschloß der christlichen Arbeiter, gegen alle Forderungen von links für alle Zeiten zur Fahne des Christentums zu halten, gegen dem Wahlspruch über dem Portal der Kreuzkirche: In cruce salutis! (Im Kreuz ist Heil!) Als sich der langanhaltende Beifall, der diesem Trugschloß folgte, gelegt hatte, betrat die Versammelten die gastreiche Stätte der Kreuzkirche und stellten sie bis zum letzten Stehplätzchen. Mächtig durchdranken die Klänge der neuen Orgel die Kirche. Die Sänger des Arbeiter- und Gesellenvereins verherrlichten die kirchliche Feier durch polyphonen Gesang.

Nach einigen weiteren Stunden frohen Zusammenseins, nach einem kühlen Trinken in der Stamleischen Halle wurde gegen 7,30 Uhr abends der Rückmarsch nach Stromberg mit allen Beteiligten noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

Versammlungs-Kalender

Samstag, den 12. Juli 1919.

- Witten-Stadt. 7,30 Uhr Schlossergewerkschaft bei Wiede.
- Witten-Annen. 7,30 Uhr Schlossergewerkschaft bei Wiede.
- Esberfeld. 7 Uhr bei Herterath, Große Klobbahn 5.
- Dortmund-Dorf. 7 Uhr bei Samma.
- Esberfeld-Heilighaus. 7,30 Uhr.
- Dortmund-Hörde. 7 Uhr Lokal Stölze Vertrauensmänner.
- Wede. 6 Uhr bei Kleine-Rathland, Vertrauensmänner.
- Reinbeck. (Konordia.) 7 Uhr Mitgliederversammlung.
- Reinbeck. Mitgliederversammlung, Concordiaaal.
- Duisburg-Beel. Mitgliederversammlung bei Zimmer, Kaiser-Kaiserstraße.

- Zahlstelle Weidrich. Vertrauensmännerführung bei Kleine Rathland.
- Essen - Dreherlehrlinge. Jeden Samstag abend 6.15 Uhr Fachkursus im Bedigenhelm, Weberplatz. Leiter: Kollege Fuchs.
- Bochum. Jeden Mittwoch abend 7.30 Uhr Fachkursus für Dreher im Lokale Schag. Leiter: Kollege Fuchs aus Essen.
- Sonntag, den 13. Juli 1919.
- Wede. Morgens 11 Uhr bei Kessler, Schmidtstraße.
- Zahlstellen im Arbeiterheim, Seitenstraße 17. 4 Uhr mittags Jugendversammlung.
- Essen-Nütnenscheid. Sektionsversammlung morgens 11 Uhr bei Olmes, Annastraße.
- Essen-Altendorf. Sektionsversammlung morgens 10.30 Uhr bei Wital, Altendorferstraße.
- Essen-Altenessen (Nord). Sektionsversammlung morgens 11 Uhr bei Sponhauer.
- Essen-Stale. Sektionsversammlung morgens 10.30 Uhr bei Radowitsch.
- Essen-Werden. Sektionsversammlung morgens 11 Uhr bei Pabberg.
- Essen - Elektrische. Jeden Mittwoch abend 6.15 Uhr Fachkursus im Gefellenhaus, Steelerstraße 36.
- Duisburg, Arbeiterheim, Seitenstraße. 4 Uhr Versammlung sämtlicher jugendlicher Kollegen.
- Ob. Alstaden. 11 Uhr im Bürgerhaus, Kaiserstr., für sämtliche Mitglieder.
- Dortmund-plerbed, vorm. 11 Uhr im Lokal Wilmann.
- Giesfeld. Abends 5 Uhr bei Kastenholz.
- Dortmund-Homburg, 11 Uhr bei Ende.
- Dortmund-Bransauer, 11 Uhr bei Vogt.
- Dortmund-Bradel, 11 Uhr bei Kalthoff.
- Dortmund-Süd, 11 Uhr bei Stiefers, Hofstr.
- Witten-Mühlheim. Morgens 10.30 Uhr im Gefellenhaus, Wegerstraße.
- Witten, Ortsverwaltung. Morgens 10.30 Uhr Vertrauensmännerversammlung aller Ortsgruppen bei Wiede.
- Witten-Stadt. Nachmittags 2.30 Uhr Jugendgruppe bei W. e. e.
- Witten-Annen. Nachm. 2.30 Uhr Jugendgruppe bei Wiede-Witten.

Mittwoch, den 16. Juli 1919.

- Duisburg-Weidrich. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Kleine-Rathland.
- Essen-Katernberg. 7 Uhr Sekt.-Vers., Sander, Bruchstr.
- Donnerstag, den 17. Juli 1919.
- Duisburg-Hörsel. Bei Bongards, 6.30 Uhr, Wanheimerstr. Oberhausen-Süd. 6 Uhr Hartgenbusch, Marktstr.
- Dortmund. 6 Uhr im gold. Löwen (Vertrauensmänner).

Samstag, den 19. Juli 1919.

- Dortmund-Hörde. 6.30 Uhr im Lokal Stölze.
- Witten-Annen. Abends 5 Uhr Vertrauensmänner bei Senft.
- Witten-Stadt. Abends 7.30 Uhr Drehergruppe bei Wiede.
- Witten-Annen. Abends 7.30 Uhr Drehergruppe bei Wiede-Witten.
- Essen-Berge-Borbeck. 7 Uhr bei Knepper.
- Essen. Fachsektion der Elektromonteur. 7 Uhr im Gefellenhaus, Steelerstraße 36.
- Bellver-Wieckstrath. 7,30 Uhr.
- Esberfeld. Ortsheil Notendbusch und Steinbrud 5 Uhr bei Wäger Koppenburgstraße.
- Barmen. 7 Uhr Lindermann, Oberdörnerstr. 69.
- Sonntag, den 20. Juli 1919.
- Fringsoy. 10.30 Uhr bei Maas, Höhenweg.
- Duisburg-Wanheimerort. Bei Krüger, Düsseldorfstraße.
- Bochum. Bei Wessel, Ecke Römerstraße und Rheinstr., nachm. 5 Uhr Bürgerkontrolle.
- Witten-Annen. 11 Uhr Quartalsgeneralversammlung b. Senft.
- Witten-Rangendreer. 11 Uhr Quartalsgeneralversammlung b. Schule am alten Bahnhof.
- Dortmund-Schüren. 11 Uhr im Lokal Weder.

Dienstag, den 22. Juli 1919.

- Mühlheim-Muhr. 2.30 Uhr in der Beck Arbeitstraße Branchenversammlung für Former und Glaserarbeiter.
- Donnerstag, den 24. Juli 1919.
- St. Holten. Nachmittags 5 Uhr bei Theissen.
- Bochum. (Dreher und Dreherlehrlinge.) Jeden Mittwoch abend 7.30 Uhr im Lokale Schag, Ecke Obere Marktstr. und Schützenbahn, Fachvortrag. Leiter: Kol. Fuchs aus Essen.
- Bruchhausen. Nachmittags 5 Uhr bei Ehardt, Kaiser Wilhelmstraße 69.
- Samstag, den 26. Juli 1919.
- Wesertal-Neuberg. 7.30 Uhr P. Ponderf.
- Witten-Stadt. 7.30 Uhr Vertrauensmänner bei Wiede.

Sonntag, den 27. Juli 1919.

- Witten-Ortsverwaltung. Sämtliche Ortsgruppen treten um 3 Uhr bei Wiede-Witten zum Festzuge und Teilnahme am christl. Gewerkschaftsfest an.
- Witten. Herbede, 11 Uhr Mitglieder bei Dördelmann.
- Essen, Dreherlehrlinge. Jeden Samstag abend 6.15 Uhr Fachkursus im Bedigenhelm, Weberplatz. Leiter: Kol. Fuchs.
- Bochum. Jeden Mittwoch abend 7.30 Uhr für Dreher. Kess. Schag. Leiter: Kol.

Briefkasten

Z. N. 100 und an viele andere Adressen. Der Redaktionsbriefkasten des Verbandsorgans ist keine Auskunftsstelle für Fahrgelegenheit, Höhen- und Tiefenmessungen, Dünung, Säher- und Kaninchenzucht. Mit solchen Sachen wende man sich nicht an die Auskunftsstelle am Bahnhof, an landwirtschaftliche Zeitungen usw. Das beachte man für die Zukunft. — Nach Elbe fahren keine Jäger mehr von der rechten Rheinseite — dem unbefestigten Deutschland — aus.

Bezirksbeamte

suchen wir für den weiteren Ausbau unserer gemeinnützigen Volksversicherung. Kollegen, welche bereits Erfahrungen im Versicherungswesen, insbesondere in der Auswahl und Einarbeitung von Mitarbeitern und im Abrechnungswesen besitzen, werden gebeten, sich zu wenden an das Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften, Abteilung Volksversicherung, Köln, Wenzelwall 9.